

Ein Diskussionsbeitrag über den Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg

1. Ausgangsposition:

Das ehemalige Reichsparteitagsgelände als größte noch existierende architektonische Hinterlassenschaft der NS-Zeit bestimmt Nürnbergs Position in der Geschichte des 20. Jahrhunderts und in Zukunft, gerade auch was die Außenwahrnehmung der Stadt anbelangt, in entscheidendem Maße.

Nürnberg hat nicht die Option, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob man sich mit dem Gelände auseinandersetzt. Nürnberg hat nur die Option, sich der Frage zu stellen, wie man sich mit dem Gelände auseinandersetzt.

Die Stadt Nürnberg und ihre Bürger haben lange Zeit die baulichen Relikte des NS-Größenwahns vor allem in Gestalt von Kongresshalle und Zeppelintribüne fast ausschließlich als Belastung empfunden. Von einem solchen kollektiven Empfinden kann nicht mehr die Rede sein. Das ehemalige Reichsparteitagsgelände ist heute als Chance zu begreifen. Als Chance für Bürger von Stadt und Region, aber auch für Besucher aus dem In- und Ausland, sich am Beispiel von einzigartigem, authentischem Anschauungsmaterial mit der Zeit des „Dritten Reichs“ auseinandersetzen zu können. Und als Chance, der Welt zu zeigen, dass das Nürnberg von heute mit dem Nürnberg unterm Hakenkreuz nicht das Geringste mehr zu tun hat, sondern vielmehr vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte aktiv die Auseinandersetzung sucht.

Es gibt eine Reihe verschiedener Entwicklungen, die es gerade jetzt notwendig machen, auf der Basis der bisher gesammelten Erkenntnisse und Irrtümer einen erneuten Diskussionsprozess über den Umgang mit dem historischen Erbe des Reichsparteitagsgeländes anzustoßen:

- Da ist zum einen das Ergebnis des im Sommer 2001 abgeschlossenen „Städtebaulichen Ideenwettbewerbs für das ehemalige Reichsparteitagsgelände“, das insgesamt nicht befriedigt. Es hat auch keinen ersten Preis gegeben, sondern nur zwei zweite Preise und eine Reihe von Ankäufen und Sonderpreisen. Dabei wurden mit einzelnen Ideen durchaus spannende Teil-Vorschläge gemacht. Doch kein Wettbewerbsentwurf ist inhaltlich so zwingend und augenfällig, dass er umgesetzt werden sollte.
- Es gibt ganz konkrete Überlegungen für eine komplette Kommerzialisierung des Geländes, die von einer Münchener Projektentwicklungsgesellschaft gemacht worden sind.
- Der Verein BauLust hat vor einigen Wochen ein Hearing mit den Wettbewerbsteilnehmern veranstaltet und wird in jedem Fall die Diskussion in der Stadt fortführen. Dies ist zu begrüßen.
- Das Baureferat hat die Jury-Mitglieder des Städtebaulichen Ideenwettbewerbs erneut angesprochen, um auch mit ihnen in eine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema eintreten zu können.
- Last but not least müssen wir im Hinblick auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 die Diskussion wieder aufgreifen. Die Fußball-WM mit ihrer Mobilisierung überregionalen

und internationalen Interesses ist ein zentraler Anlass, sich dem Gelände in neuer Qualität zu stellen. Man wird sich angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft des Franken-Stadions auf die internationale Nachfrage vorbereiten müssen. Spätestens ab 2005 werden die Kameras der Welt auf unser Stadion gerichtet sein. Dann ist es notwendig, dass die Stadt Nürnberg einen sichtbaren inhaltlichen Umgang mit dem architektonischen Erbe des Reichsparteitagsgeländes anbieten kann, der über das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände hinausgeht. Dabei hat das Doku-Zentrum bereits einen entscheidenden Durchbruch in der offensiven Beschäftigung mit dem Gelände gebracht – mit hohen Besucherzahlen, überaus großer Akzeptanz und internationaler Würdigung dieses Nürnberger Wegs der Auseinandersetzung in der öffentlichen Meinung.

2. Fehler und Irrtümer in der Vergangenheit

Mehrere Aussagen im Wettbewerbsauslobungstext von 2001 zeigen einen Grundfehler, der auch die Diskussion in Nürnberg in der Nachkriegszeit mitbestimmt hat.

Zitat 1:

„Planungsaufgabe des Wettbewerbs ist die Entwicklung eines funktionalen städtebaulichen und gestalterischen Konzeptes für das gesamte Gelände. Dieses soll dem historischen Kontext der Fläche gerecht werden, die den Kernbereich des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes und dessen bauliche Überreste beinhaltet. Außerdem muß das städtebauliche Gesamtkonzept die vorhandenen Messe-, Sport- und Freizeitnutzungen mit ihren geplanten Erweiterungen erhalten und sichern. Es werden städtebauliche Aussagen zum Umgang mit der Problematik des gesamten Geländes gefordert.“

Zitat 2:

„Die Aufgabe des Wettbewerbs ist die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für das ehemalige Reichsparteitagsgelände, das dem Anspruch an einen derartigen Ort des Erinnerns sowie gleichzeitig den Anforderungen der Nutzungen für Messe, Sport, Erholung und Freizeit und den daraus resultierenden verkehrlichen Anforderungen gerecht wird.“

Und an anderer Stelle wird das noch übertroffen:

Zitat 3:

„Nutzungskonflikte mit anderen Nutzungen des Gebietes sind zu thematisieren und wenn möglich zu bereinigen.“

Es ist wohl ein Grundfehler, anzunehmen, dass es für das gesamte Gelände *eine* bauliche Gesamtlösung geben kann. Schon ohne die derzeitigen Alltagsnutzungen für Volksfest, Sport, Freizeit und Messe wäre ein Umgang mit der Vielfalt der im ehemaligen Reichsparteitagsgelände realisierten und geplanten Bauten in einem einzigen Gesamtkonzept nur schwer denkbar.

Man kann sich des Eindrucks nicht komplett erwehren, dass die Speersche Architektur auch den einen oder anderen Wettbewerbsteilnehmer zu sehr gefangen gehalten hat. Der Versuch, von Speer aufgestellte städtebauliche Achsen und Blickachsen durch das Anlegen neuer anderer Achsen zu brechen und zu konterkarieren, ist zwar intellektuell nachvollziehbar, wie die Wettbewerbsergebnisse zeigen, vor Ort aber schier nicht realisierbar.

Diese „Irrtümer“ ziehen sich auch in der Diskussion der letzten Jahrzehnte durch. Der Vorschlag von Hermann Glaser, die ganzen Baulichkeiten verfallen zu lassen und damit die Vergänglichkeit des „Tausendjährigen Reiches“ zu dokumentieren, ist zwar aus der Zeit heraus verständlich, angesichts der bereits jetzt dort überwiegenden Alltagsnutzungen aber sicherlich keine adäquate Lösung. Auch der Versuch Karla Fohrbecks, über sehr stark kognitiv geprägte Konzeption eines „Hains der Erinnerung“ die klassische museale Auseinandersetzung zu suchen, wird der Aufgabe nicht gerecht. Noch weniger zielführend waren isolierte „Profanisierungsversuche“ von der Disco bis zum Handelszentrum.

Gleichwohl gibt es auch eine seit langem akzeptierte, vernünftige Grundlinie im öffentlichen Umgang mit Gelände und Bauten nach dem Prinzip, genau das Gegenteil der Intention der Urheber zu verfolgen, also: zu trivialisieren und zu profanisieren, statt der vermeintlichen Erhöhung weiter auf den Leim zu gehen oder beispielsweise statt sich in rechte Winkel und monumentale Bauwerke zu fügen, dekonstruktivistische Bauten mit leichten Materialien als demokratischen Gegenentwurf zu entwickeln (wie etwa Günther Domenig mit dem Doku-Zentrum). Diese Grundidee, die auch schon Hermann Glasers frühere Überlegungen mitbestimmte, gilt es weiterzuentwickeln und neu umzusetzen.

3. Ausgangspunkt für einen Verfahrensvorschlag

ist, dass wir einen Konsens über einige Grundaussagen herstellen sollten, auf dessen Basis wir dann weiterarbeiten können. Diese Grundaussagen sind:

- Einen für alle Zeiten geltenden städtebaulichen oder architektonischen Entwurf für das Gesamtgelände wird und kann es nicht geben.
- Wir wollen in Nürnberg keinen „Gegenmonumentalismus“ à la Eisenman-Entwurf für das Holocaust-Mahnmal in Berlin.
- Wir wollen selbstverständlich auch keine Idealisierung oder Mystifizierung der dortigen Architektur.
- Die Aneignung durch Alltagsnutzungen - Freizeit, Sport, Kommerz - ist selbstverständlich und akzeptiert. Der „Widerspruch“ zu dem Ziel des Erinnerns ist nicht etwa aufzulösen, sondern konzeptionell dergestalt umzusetzen, dass genau durch den Widerspruch auch Auseinandersetzung entsteht.
- Gerade wegen dieser Alltagsnutzungen ist eine rein auf das Kognitive oder pädagogisch Vermittelnde ausgerichtete inhaltliche Auseinandersetzung sicherlich nicht die einzige Antwort am Reichsparteitagsgelände. Der Ort dafür ist vor allem das Doku-Zentrum.
- Der Versuch muss vielmehr auch unternommen werden, über andere Formen – etwa audiovisueller oder haptischer Konfrontation – Nachdenken auszulösen, insbesondere bei Freizeitnutzern und Besuchern der beiden Sportarenen. Dies sollte ergänzt werden durch zusätzliche Informationseinheiten im Gelände.
- Wir sollten uns der Erkenntnis fügen, dass es nicht nur im gestalterischen, sondern auch im zeitlichen Kontext keine endgültige, gar abschließende Auseinandersetzung mit der Thematik des Nationalsozialismus gibt. Das bleibt eine Aufgabe aller nachfolgenden Generationen. Auch der jeweilige weltpolitische Kontext mag natürlich Einfluss auf die Frage haben, wie sich die Kreativen und Denker der jeweiligen Zeit mit dem historischen Erbe des Reichsparteitagsgeländes auseinandersetzen.

4. Ziele für ein Konzept Reichsparteitagsgelände

Der Konsens in der Stadt muss verdichtet werden, dass die Auseinandersetzung mit dem Reichsparteitagsgelände eine positiv und offensiv anzugehende Daueraufgabe für Nürnberg ist und bleibt. Die Erfahrungen mit dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände sind diesbezüglich – auch was die Akzeptanz in der Bevölkerung betrifft – sehr ermutigend.

Auch wenn das Doku-Zentrum ein deutliches Zeichen für eine klar gewandelte Auffassung der Mehrheit in der Stadt ist, was die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte anbelangt, so ist bislang nicht in gleichem Maß das Bewusstsein für die Bedeutung der baulichen Dokumente vorhanden. Die entscheidende Voraussetzung für den Umgang mit Zeppelintribüne, Kongresshalle und Großer Straße ist: Die historischen Bauten müssen dauerhaft bewahrt und gesichert werden – auch in ihrem räumlichen Zusammenhang. Dass sie unter Denkmalschutz stehen, ist allein noch keine Garantie. Die NS-Architektur, aber auch die dazu gehörenden (Frei-)Räume sind einmalige Quellen Nürnberger und deutscher Geschichte. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die baulichen Zeugnisse nachfolgenden Generationen weiter zur Verfügung stehen, damit unsere Nachfahren sich selbst ein Urteil bilden können.

Ziel muss es sein, für das Gelände und den Umgang mit ihm ein inhaltlich-gedankliches Rahmenkonzept zu finden, von dem sich einzelne Maßnahmen ableiten lassen und in das vorhandene und zukünftige Nutzungen zu integrieren sind.

Leitgedanke des Rahmenkonzeptes sollte sein, dem totalitären System der Bauherren und ihrer Architektur das demokratisch-pluralistische Denken der Gegenwart entgegenzusetzen.

Daraus folgt die Notwendigkeit, für das Gelände Formen der Auseinandersetzung zu finden, die nicht dauerhaft („tausendjährig“) sind, sondern solche, die temporär verschiedene Blickwinkel auf das Gelände eröffnen, die auf demokratisch-pluralistische Weise auch Ausdruck der Auseinandersetzung in verschiedenen Generationen und in jeweils zeitgemäßer Form sind.

5. Diese programmatischen Aussagen führen zu dem Vorschlag, eines Konzeptes der „Teillösungen“ und „temporären Lösungen“.

Das heißt zunächst ganz pragmatisch, dass wir jetzt festlegen müssen, an welcher Stelle auf dem Reichsparteitagsgelände noch baulich nutzbare Flächen vorhanden sind. Eine Analyse der Wettbewerbsergebnisse zeigt, dass diese sich wohl auf den Korridor zwischen der Arena und Dutzendteich beschränken.

Es müsste außerdem ein „nicht bebaubarer Bereich der Erinnerung“ definiert werden, der sich vom Zeppelfeld und der Zeppelintribüne über den Dutzendteich hin bis zur Kongresshalle erstrecken dürfte. Auch die Große Straße mit ihren Randzonen (mit Resten von Zuschauertribünen) ist einzubeziehen. Die großen Freiflächen werden natürlich weiter durch temporäre Trivialnutzungen wie Rockkonzerte oder Norisring-Rennen belegt werden.

Es sollte auch festgelegt werden, wo die Grünflächen und Vegetationsflächen, die sich entwickelt haben, nicht mehr und nicht weiter angetastet werden. Hierzu werden vor allem Aussagen zum Silberbuck und der Fläche, die sich zwischen den neuen Messe-Parkhäusern und dem Kleinen Dutzendteich erstreckt, notwendig sein.

Zur Frage der „Erinnerungsarbeit“ wird vorgeschlagen, einen periodisch wechselnden Diskurs über die Bauten der Nazi-Zeit dergestalt vorzunehmen, dass in festem Turnus Künstler/Wissenschaftler/Architekten/Freiraumplaner/Städtebauer beauftragt werden, sich mit dem Reichsparteitagsgelände auseinanderzusetzen.

Als Objekte stehen zur Verfügung: Kongresshalle, Zeppelifeld, Zeppelintribüne, Dutzendteich und Große Straße. Den Stilmitteln der thematischen Bearbeitung sollen möglichst keine Grenzen gesetzt sein. Es müsste allerdings, wenn das Ganze auch zu einer befriedigenden Lösung führen soll, sich um Wettbewerbsteilnehmer von hoher Qualität handeln und das Ganze sicherlich auch durch eine von der Stadtpolitik unabhängige Intendanz, eine Jury oder ein Kuratorium betreut werden. Von Vorschlägen aus der Bildenden Kunst über Entwürfe zu Mahnmal- und Gedenkstättenplanungen und dramaturgisch-theatralischen Veranstaltungen bis hin zu Lichtinstallationen ist vieles denkbar.

Dabei ist die Auseinandersetzung dezidiert international anzugehen, um die Bedeutung des Ortes für die Weltgemeinschaft aufzuzeigen.

Das Ganze muss man sich vorstellen wie eine „historisch-politische Documenta“ bezogen auf das ehemalige Reichsparteitagsgelände.

Die wechselnden Inszenierungen werden dokumentiert (Text, Bild, Video usw.) und zusammen mit den früheren Vorschlägen des Umgangs mit dem Gelände in einer Ausstellung gezeigt (zum Beispiel in der Halle der Zeppelintribüne, vormals Ort der ersten Ausstellung „Faszination und Gewalt“). Die Zusammenschau repräsentiert die durchaus zeitgebundenen Vorstellungen zu einem angemessenen Umgang mit dem Gelände in demokratisch-pluralistischer Form. Nicht die einmalige „Lösung“ für das Gelände steht im Vordergrund, sondern die permanente, immer wieder neu ausgetragene Auseinandersetzung mit dem Gelände als dauerhafte Denk- und Diskussions-Leistung.

Voraussetzung für ein solches Konzept ist, dass wir die entsprechenden Personen gewinnen und natürlich das dafür notwendige Geld bereitstellen können.

6. Ausbau der Infrastruktur und städtebaulicher Rahmen

Daneben ist selbstverständlich, dass vorhandene Formen der Auseinandersetzung, Information und Diskussion, aber auch die Infrastruktur erhalten und ausgebaut werden:

Das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände leistet mit der überaus erfolgreichen Ausstellung „Faszination und Gewalt“ und dem pädagogischen Programm (Studienforum) eine herausragende, national und international anerkannte Arbeit. Der Besucherstrom bestätigt auf eindrucksvolle Weise das Konzept dieser Institution. Die Verbindungslinien zu anderen Erinnerungsorten sollten durch Führungsangebote und Veranstaltungen hervorgehoben werden. International von enormer Bedeutung ist der Schwurgerichtssaal, wo bereits positive Ansätze vorliegen. Die Informationseinheiten auf dem Gelände müssen erneuert, zahlenmäßig erweitert und auf ein höheres gestalterisches Niveau mit mehr Informationen gebracht werden. Die Informationsarbeit auf dem Gelände durch Führungen, Vorträge und weitere Veranstaltungen sollte verstärkt werden. Als Anlaufstelle(n) ist an einen „Besucherpavillon“ und/oder zusätzliche „Informationskojen“ zu denken.

Die Verkehrsanbindung durch den öffentlichen Personennahverkehr ist durch den neuen Straßenbahnanschluss maßgeblich verbessert. Die Aufenthaltsmöglichkeiten für Besuchergruppen sind zu optimieren. Mit dem ehemaligen Seminar St. Paul gibt es in der Nachbarschaft ein dafür ideal geeignetes, leer stehendes Gebäude.

Die privaten Nutzungen des Geländes als Naherholungsgebiet (für grillende Familien, für NS-Wände-bespielenden-Tennish Nachwuchs, für Skater und Freunde der Automusik) sind dezidiert beizubehalten und in das Rahmenkonzept zu integrieren. Die vorhandenen Freizeit-Großbauten (Stadion, Arena, Stadionbad) sind gegebenenfalls durch zusätzliche Informationseinheiten in den Rahmen des Geländes einzubinden. Auch neue „kommerzielle“ Bauten auf dem Gesamtgelände sind im Rahmen der Profanisierung denkbar – jedoch nur zu rechtfertigen, wenn ein geistig-inhaltlicher Gesamtrahmen für den Umgang mit dem Gelände vorliegt.

7. Daueraufgabe von Stadt und Staat

Die permanente Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände ist der angemessene Weg im Umgang mit dieser historischen Erbschaft. Für diesen Weg hat sich

Nürnberg entschieden. Das historische Areal bietet Nürnberg die Chance, selbstbewusst und offen über seine und Deutschlands Vergangenheit nachzudenken. Die Auseinandersetzung ist positiv und offensiv anzugehen. Letztlich ist die braune Hinterlassenschaft nicht nur eine Herausforderung für eine aufgeklärte Stadtgesellschaft, sondern auch ein Kapital, dessen Wert heute vielleicht noch gar nicht hoch genug eingeschätzt wird.

Dabei ist der Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände nicht nur eine Nürnberger Angelegenheit. Die Stadt nimmt ihre Geschichte an. Doch letztlich setzt sie sich mit einem nationalen Erbe auseinander. Deshalb sind sowohl inhaltlich, aber auch was Finanzierungsfragen anbelangt, Land und Bund weiter gefordert. Mit seinem Beitrag zum Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände hat der Staat seine Mitverantwortung anerkannt und unter Beweis gestellt. Dies darf kein einmaliger Vorgang bleiben. Die Auseinandersetzung mit dem Reichsparteitagsgelände bleibt eine deutsche, wenn nicht sogar europäische Aufgabe.

Im Februar 2003

Dr. Ulrich Maly, Wolfgang Baumann,
Dr. Uli Glaser, Dr. Siegfried Zelnhefer